

Andreas Malycha (Hrsg.):
Geplante Wissenschaft.
Eine Quellenedition
zur DDR-Wissenschaftsgeschichte
1945-1961.
Beiträge zur DDR-Wissenschafts-
geschichte Reihe A / Band 1,
Akademische Verlagsanstalt
Leipzig 2003, 706 S. (77 €)

DDR-Wissenschaftsgeschichte als nicht nur erhellende, sondern auch spannende Lektüre: Mit einer klugen Dokumentenauswahl und einer instruktiven 80seitigen Einführung gelingt Andreas Malycha in diesem Buch das fast Unmögliche.

Ein paar Kostproben: »Es machen sich jetzt bereits zahlreiche Bestrebungen bemerkbar, mit Hilfe der Amerikaner den Einfluß unserer Gegner in der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft wieder zu stärken. Diese Kreise haben aber mit diesen Bestrebungen bisher sehr wenig Erfolg, da die Amerikaner offensichtlich an einem Wiederaufleben eines wissenschaftlichen Lebens in Deutschland völlig desinteressiert sind.« So geschrieben von Robert Havemann, Direktor der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft in Berlin-Dahlem, in einem Bericht vom 27. August 1945 (S. 103).

»Da ist mir zweierlei aufgefallen: Das eine ist, daß unsere jungen materialistischen Historiker ... keinen Mut haben, Hypothesen aufzustellen, sondern sie bewegen sich vielfach innerhalb des Stoffkreises, den Marx und Engels schon in genialer Weise behandelt haben. ... Wenn aber eine Sache von so genialen Männern wie Marx und Engels behandelt worden ist, dann ist das, was nachher kommt, gewöhnlich nicht mehr so schön wie das, was zuerst kam. Es ist so, wie wenn man vom Tee mehr als einen Aufguß nimmt. Dadurch wird er nicht besser.« So gesagt von Alfred Meusel, Professor für Neuere Geschichte an der Universität Berlin, auf der Tagung des SED-Hochschulausschusses am 14. September 1947 (S. 192/193).

»I. Wir zersplittern unsere beschränkten Kräfte und Mittel zu sehr. Es besteht noch wenig Klarheit über diejenigen zu bildenden

Schwerpunkte, welche mit Rücksicht auf unsere Wirtschaftsstruktur, d. h. unseren Spezialistenbestand, unsere Rohstofflage, unsere Produktionsstätten, unsere Energielage, östliche Hilfsmöglichkeiten und westliches Embargo, als wirklich günstig anzustreben sind. II. Bei einem Wettrennen nach Weltniveau oder noch besser nach der Weltspitze, an dem wir bei Konzentration auf günstige Schwerpunktthemen mit viel Erfolgsaussichten teilnehmen können, fehlt bei uns noch viel zu oft das, was der Jäger beim Schießen ›Vorhaltung‹ nennt. Es wird nachentwickelt und nachgebaut, wo mit etwas mehr Initiative, Kenntnis der wissenschaftlichen Literatur, Erfindungsgabe usw. eigene neue Entwicklungen schöpferisch gestaltet werden können.« So notiert von Manfred von Ardenne, Gründer und Leiter des privaten Forschungsinstitutes »Manfred von Ardenne« für Elektronenphysik, Ionenphysik, Kernphysik und Übermikroskopie, für Ministerpräsident Otto Grotewohl am 19. März 1957 (S. 547/548).

»Und das Problem ist deshalb so ernst, weil tatsächlich viele Professoren mit den Bemerkungen, die auf der 3. Hochschulkonferenz gefallen sind, insbesondere auch mit der Rede von Herrn Hager, innerlich nicht zurecht kommen. Sie sind nicht in der Lage zu begreifen, daß Sozialismus identisch ist mit Atheismus. ... Aber ich sage Ihnen das, damit Sie verstehen, das sind große Männer, und wenn wir uns nicht nach irgendeinem Vorbild ausrichten, werden Sie Schiffbruch erleiden. Seien Sie froh, wenn Sie ein paar Leute an den Universitäten haben, die nicht so sind wie alle anderen. ... Wir sind heute dabei, alles zu nivellieren. Die Professoren leben in einer ständigen Unruhe. Entschuldigen Sie, wenn ich das offen sage, Herr Ministerpräsident. Es ist so. Hier muß gründlich Wandel geschaffen werden und wir werden es erleben, daß Ihnen in Ihrem Sozialismus im Staat und in der Wirtschaft nach jeder Richtung geholfen wird.« So vorgetragen von Kurt Mothes, Professor für Pharmakognosie an der Universität Halle, Präsident der Leopoldina und Direktor des Instituts für Biochemie der Pflanzen der Deutschen Akademie der Wissenschaften in Halle, auf einer Tagung der Bezirksleitung Halle des Deutschen Kulturbundes und des Klubs der Intelligenz in Halle am 12. April 1958 (S. 590/591).

130 Dokumente hat Malycha versammelt – und durch rund 100 Kurzbiographien aussagekräftig ergänzt –: Dokumente der Suche der SED nach einer Wissenschaftspolitik, die ihrem totalitären Herrschaftsanspruch entsprach, und der Auseinandersetzung darüber; Dokumente der Bevormundung der Wissenschaften durch die SED und des vielgestaltigen Kampfes dagegen. Sie alle beweisen vor allem eines: daß man auch auf diesem Gebiet der DDR-Entwicklung fehl ginge, interpretierte man sie einzig und allein von ihrem Ende her. Die 45 Jahre von 1945 bis 1990 umspannen das Leben und Wirken mehrerer Generationen, sie sind nicht in ein einfaches Schema zu pressen. »In der Praxis«, stellt Malycha im Ergebnis seiner umfangreichen Quellensichtung fest, sei die SED-Führung »immer wieder mit historischen Kontinuitäten, notgedrungenem Pragmatismus und den unerwarteten Nebenfolgen« ihres diktatorischen Konzeptes und Handelns konfrontiert worden, und so mache es »durchaus Sinn, nach dem Verhältnis zwischen totalitärer Herrschaft und eventuell vorhandenen Handlungsräumen bzw. Autonomie in der Wissenschaft zu fragen« (S. 14).

Für die Zeit von 1945 bis 1961 macht Malycha in der Wissenschaftspolitik zwei recht deutlich voneinander abzugrenzende Entwicklungsphasen aus.

Zunächst eine »Aufbau- und Rekonstruktionsphase« von 1945 bis 1952, in der »durchaus noch von einem diskursiven Verhältnis zwischen Politik und Wissenschaft gesprochen werden« könne – auch wenn es sich schon damals »nicht um eine Diskursgemeinschaft von Gleichberechtigten und Chancengleichen« gehandelt habe. Das »politische Fremdverständnis von Wissenschaft« habe in dieser Zeit »zwischen einer auch ideologisch fundierten Wissenschaftsgläubigkeit und einem eher politisch motivierten Mißtrauen gegenüber den Trägern bürgerlicher Wissenschaft« gependelt. Dem »Selbstverständnis und der sozialen Organisation tradierter Wissenschaft« habe die Parteibürokratie in dieser Phase »weitgehend alternativlos« gegenüber gestanden (S. 36). Durch »das Fehlen von ausgewiesenen Fachleuten einerseits und die Konzentration auf die Durchführung wirtschaftlicher Umgestaltungen andererseits« sei »auf die Ge-

staltung wissenschaftlicher Tätigkeit im Sinne der Gesamtstrategie der Partei« noch nicht »zielstrebig Einfluß« genommen worden (S. 36/37). Der »Schwerpunkt der SED-Hochschulpolitik« habe »vor allem auf einer stark reglementierten Zulassungspolitik« gelegen. Dies freilich habe strategische Bedeutung gehabt und sei von Beginn an mit der »politischen Prämisse« verbunden gewesen, »daß die traditionelle Autonomie der Universitäten und Hochschulen in der bisherigen Form nicht mehr zugelassen werden dürfe« (S. 37). Was aber den viel weiter gehenden und alle Wissenschaft bevormundenden Anspruch der SED-Führung betrifft, »selbst die oberste wissenschaftliche Instanz in grundlegenden wissenschaftlichen Fragen zu sein« und »durch Parteibeschlüsse den Marxismus-Leninismus als allein gültige Theorie zu interpretieren«, so sei dieser erst »im Verlaufe der fünfziger Jahre« erhoben worden (S. 41).

Diese Zeit von 1952 bis 1961 dann bezeichnet Malycha als »Konsolidierungsphase«. Mit dem »auf der zweiten Parteikonferenz vom Juni 1952 verkündeten Konzept des sozialistischen Aufbaus« sei die Wissenschaft »erklärtes Objekt der Politik« geworden (S. 63), und dem »immensen Ausbau des Wissenschaftssektors« habe »eine neue Stufe der Politisierung der Wissenschaft« innegewohnt (S. 83).

»Konsolidierung« ist hier konsequent aus der SED-Absicht heraus gedacht: Es war in dieser Lesart natürlich eine »Konsolidierung«, mit dem »Zentralen Forschungsplan« ein Instrument entwickelt zu haben, das es erlaubte, »bedeutende Bereiche der Wissenschaft in ein zentral gelenktes System der Steuerung und Lenkung der Wirtschaft eingebunden« zu haben (S. 62), und es war in diesem Sinne ebenfalls eine »Konsolidierung«, daß nach einer dem XX. Parteitag der KPdSU folgenden kurzen Phase der »öffentlich ausgetragenen kontroversen Debatten über den Versuch der SED, Wissenschaft zu politisieren und zu ideologisieren« (S. 76), im Sommer 1957 eine »Säuberung« des Lehrkörpers in Gang gesetzt wurde, die »eine vollständige Ausschaltung des bürgerlichen Einflusses« zum Ziel hatte (S. 78).

Es hatte diese »Konsolidierung« von 1952 bis 1961 freilich auch »einen Abwanderungsverlust von rund 1700 Professoren, Dozenten

und Assistenten« zur Folge (S. 80), und sie hatte dramatische Konsequenzen auch für die, die mit ihrem Widerspruch zum offiziellen Kurs in der DDR geblieben und dann dort kaltgestellt worden waren, und spätestens hier muß – wie es Malycha auch tut – dann doch einmal der direkte Bogen zum Ende der DDR gespannt werden. »Indem eine Debatte paradigmatischer Grundsatzfragen der Gesellschaftstheorie von der politischen Führung nicht zugelassen bzw. aggressiv bekämpft wurde,« schreibt Malycha zum Ende seiner Einführung, »zeigten sich weder die Politik noch die Wissenschaft in der Lage, Antworten auf die Orientierungskrise zu finden, in die die DDR-Gesellschaft seit den achtziger Jahren geraten war.« (S. 86)

Den Prozeß, der von 1961 an dorthin führte, mit ähnlicher quelleditorischer und die vorhandene Literatur verarbeitender Sorgfalt, wie sie diesen Band von 1945 bis 1961 auszeichnet, in weiteren Bänden darzustellen, ist von Malycha und den Herausgebern der Reihe »Beiträge zur DDR-Wissenschaftsgeschichte«, Clemens Burrichter und Gerald Diesener, eigentlich beabsichtigt. Daß nun – wie zu hören ist – gerade jetzt, da die Forschung zur DDR-Geschichte endlich in die Tiefe und ins Detail zu gehen auf dem Wege ist, die Gelder nicht mehr vorhanden sein sollen, wirft ein bezeichnendes Licht auf eine andere – die heutige – Art von »geplanter Wissenschaft«.

WOLFRAM ADOLPHI

**Christiane Zehl Romero:
Anna Seghers.
Eine Biographie 1947 – 1983,
Aufbau-Verlag Berlin 2003,
480 S. (30 €)**

Zwanzig Jahre nach Anna Seghers' Tod erscheint der zweite Band ihrer umfangreichen Biographie von Christiane Zehl Romero, die in Wien geboren wurde. Studium in Wien, an der Sorbonne und der Yale-Universität (USA). Sie ist Literaturprofessorin in Massachusetts, USA. Im Jahre 2000 zum 100. Geburtstag der Schriftstellerin war der erste Teil herausgekommen. Christiane Zehl Romero schreibt:

»Die Frage, warum zwei Bände, warum so lang, ist berechtigt. Die Antwort, zumindest meine Antwort: Seghers verdient die genaue Aufmerksamkeit, die sie hier zum ersten Mal erhält. Sie ist eine der bedeutendsten deutschsprachigen Erzählerinnen, wenn nicht die bedeutendste.« (S. 7) Es ist ein Zeichen für die fortgesetzte Bemühung des Aufbau-Verlages für Anna Seghers' Werk, das er in Taschenbüchern und in einer nach und nach erscheinenden, kompetent kommentierten Werkausgabe parat macht. Dazu das Jahrbuch der Anna-Seghers-Gesellschaft Berlin und Mainz e. V. »Argonautenschiff«, der Briefwechsel 1947 »Hier im Land der kalten Herzen«, von Christel Berger herausgegeben, und manches Andere. Das Werk lebt. Daran haben kleine Verlage mit bibliophilen Drucken ebenso Anteil wie Studien- und Unterrichtshilfen, Ausgaben im Ausland. Und natürlich viele Deutschlehrer, die Seghers-Freunde in aller Welt, die Anna-Seghers-Gesellschaft.

Der zweite Teil der Biographie stellt den langen Lebensabschnitt von 36 Jahren in der Sowjetischen Zone und in der DDR dar – beginnend mit der umwegigen und komplizierten Rückkehr 1947 ins viergeteilte Berlin, endend mit dem Tode 1983, mit dem Staatsbegräbnis auf dem Dorotheenstädtischen Friedhof, von dem das gewöhnliche Leservolk ausgeschlossen war. Ein dicht besetztes Leben, eine schriftstellerische Tätigkeit, die im Unterschied zu vorangegangenen Geschichtsabschnitten, in denen Anna Seghers sich in Opposition und Widerstand sah, einer Gesellschaft »von Grund auf neu« mitgestaltend gelten sollte. Das Leben dieser großen Persönlichkeit wird in den gesellschaftspolitischen Makrobedingungen der Spaltung und der zwei deutschen Staaten, dem Kalten Krieg und dem Wettrüsten, namentlich dem atomaren, beschrieben. Anna Seghers war als Schriftstellerin und Sozialistin beteiligt am Ringen um eine neue Gesellschaft. Sie war konfrontiert mit den Fehlern, Fehlgängen der eigenen Seite, mit dem Stalinismus und den Verbrechen im Namen des Sozialismus, verwickelt in eruptive Ereignisse. Christiane Zehl Romero schreibt darüber nicht illustrierend, sondern stets mit direktem Bezug zur Schriftstellerin. Die Biographin geht dicht an das Leben von Anna Seghers, auch an das private, heran

und teilt viel Neues mit. Auch Unerfreuliches. »Ich wollte keinen paradigmatischen, kommunistischen Lebens- oder Irrlauf konstruieren« (S. 9). (War es nicht ein kommunistischer Lebenslauf?)

Dabei hat sie die inzwischen zugänglichen, nunmehr reichlich vorhandenen Lebenszeugnisse genutzt und als erste Forscherin Unterlagen der Familie Radvanyi/Seghers einsehen können. Bei ihrer Spurensuche hat sie m. E. vereinzelt Dokumente mißdeutet. Die Biographin sagt Hermann Kant nach, er sei Informant der Stasi gewesen (S.400). Er habe (deshalb?) Anna Seghers bei ihrem Besuch in Hamburg 1965 begleitet und für die Stasi beobachtet und ihr dann berichtet, »nicht verleumderisch, sondern eher wichtiguerisch«, »auf der anderen Seite der Mauer« würde sie »geachtet und geehrt« (S.234). Aus den Endnoten VI 132 und VII 33 geht aber hervor, daß es sich um Berichte von GI Kurt (d. i. Klaus Gysi), nicht von Kant, handelt. Gysi, der zu der Zeit Verlagsleiter von Seghers und Kant war, hatte offenkundig gefragt: Na, wie war's denn so? Haben sie Anna anständig behandelt? Erzähl doch mal. Hermann Kant war nicht Anna Seghers' Begleiter für die Stasi und hat nicht über sie an die Stasi berichtet. Warum diese Färbung des Bildes?

Man erfährt Genaueres über die Wohnungen, beginnend mit dem ersten Quartier im Casino Hotel am Wannsee, jetzt Literarisches Colloquium, dabei auch über die Umstände ihres Wechsels von Zehlendorf nach Weißensee zu Brecht/Weigel, dann nach Adlershof im Jahre 1950. Aufgeklärt wird, welchen Druck das Politbüro der SED und der Innenminister ausübten, um sie zur Annahme der DDR-Staatsbürgerschaft und zur Aufgabe der mexikanischen zu bewegen. Man schämt sich als Sozialist, wenn man liest, zu welchen Befunden die Parteiüberprüfung kam. Man erfährt von ihren vielen Reisen, oft als Mitglied des Weltfriedensrates, ihren sich vermehrenden Krankenhausaufenthalten aus unterschiedlichen Gründen. Ihre Freundschaften, Sympathien und Antipathien werden benannt. (Sie konnte auch Leute »gefressen« haben). Das Berichten über das Persönliche ist eine Stärke der Biographin. Sie ist oft zutreffend in der Beschreibung der Beschwerden, denen Anna Seghers ausgesetzt war. Christel Berger sagt in

ihrer Besprechung im ND vom 22. 4. 2003: »Immer behutsam, maßvoll und loyal.«

Einige zu diskutierende Punkte: Christiane Zehl Romero stellt dar, wie schwer die ersten Jahre nach der Rückkehr für Anna Seghers waren und belegt das u. a. mit vielen Privatbriefen. Als Gründe werden die gesellschaftspolitischen Umstände, die reuelose Uneinsichtigkeit vieler Deutschen, das Auseinanderfallen der Antihitlerkoalition, die beginnende Spaltung, der Kalte Krieg benannt. Dazu kam viel Unklares im Persönlichen. Anna Seghers litt sehr darunter, daß Johann Lorenz Schmidt (d. i. Laszlo Radvanyi), ihr Mann, nicht da war, auch wegen einer anderen Frau (er kam erst 1952). Sie sorgte sich um Tochter und Sohn, die in Paris studierten. Sie vermißte die enge Vertrautheit unter den Genossen, den familiären Zusammenhalt, den es in der Emigration gegeben hatte. Aber von einem Gefühl der Unentschiedenheit (S. 41) würde ich nicht sprechen. Daß sie »bald nicht zwischen Stühlen, sondern zwischen Minen« saß (S. 53), verkennt m. E. ihren zielbewußten Tatendrang. Für mich bleibt der Grundantrieb ihrer Tätigkeit nach der Rückkehr »Das Andersmachen, von Grund auf« (Das Vertrauen, Roman, Kap. I) Bei der tätigen Teilnahme an der antifaschistisch-demokratischen Erneuerung, am Entstehen einer – wie sie überzeugt war – neuen Gesellschaft ließ sie sich nicht beirren.

Wo es mit ihren Leuten, mit den Genossen Meinungsverschiedenheiten und Streit gab, ging es ihr um dieses Ziel. Da war sie selber Partei. Im innerparteilichen Streit hat sie eher den Part des idealen Sozialismus vertreten. In ihrem (und anderer) Streiten für einen humanen Sozialismus und eine entsprechende Kulturpolitik konnte sie sich immer seltener durchsetzen. Das machte müde und ließ auch, da hat Zehl Romero recht, in den späteren Jahren Resignation aufkommen.

Die weltanschauliche und politische Grundentscheidung in den zwanziger Jahren, die auch die Kunstauffassung betraf, war zunächst eine Entscheidung *gegen* die vorfindliche kapitalistische Gesellschaft, sodann eine Entscheidung *für* den Sozialismus. Der folgende Gang der Ereignisse hatte sie darin bestätigt. Den Antikommunismus, besonders in seinen aggressiven Formen, hielt sie für verhängnisvoll. Die Biographin sagt S. 50, Anna Seghers

hätte nicht gesehen oder sehen wollen, daß die sowjetischen Freunde mit zur Spaltung beitrugen. Aber buchstäblich vor ihren Augen demonstrierte Melvin J. Lasky, ein USA-Journalist, 1947 in Berlin vor dem I. Deutschen Schriftstellerkongreß die Wendung vom Antifaschismus zum Antikommunismus. In der Wertung dessen konnte Anna Seghers nicht vergessen, daß das nur ein Ausläufer dessen war, was durch McCarthys Ausschluß praktiziert wurde und ihr Freund Bertolt Brecht dort gerade erfuhr. Daran litt Anna Seghers. Sie war enttäuscht – von der Entzweiung. Sie mußte sich im Nachkriegsdeutschland und in der veränderten Weltlage neu orientieren, deswegen war sie m. E. nicht »desorientiert«, wie es auf S. 51 heißt.

Anna Seghers' Engagement für die Weltfriedensbewegung wird auf S. 67 mit dem Kommentar versehen: »Dass Stalin diese Friedensbewegung für seine Zwecke vereinnahmte, ignorierte sie wie damals viele andere.« Die Biographin scheint es per se für verdächtig zu halten, wenn man mit seinen politischen Forderungen in die Nähe der sowjetischen Politik kam. Der Stockholmer Appell, der 1950 von Hunderten Millionen unterzeichnet wurde, forderte »das absolute Verbot der Atomwaffe«, »die Errichtung einer strengen internationalen Kontrolle«... (Wagner, Emmerich, Radvanyi: Anna Seghers. Eine Biographie in Bildern, Berlin 1994, 2000, S. 183) Ich glaube nicht, daß Anna Seghers hierbei etwas ignorierte. Meinem Überlebensinteresse entsprach und entspricht dieser aktuell bleibende Appell.

Eine Persönlichkeit wird wesentlich charakterisiert durch ihre Werke und Taten. Das erzählerische Werk von Anna Seghers wird unterschiedlich umfangreich einbezogen und bevorzugt als Lebenszeugnis, nach dem (auch versteckten) Niederschlag persönlicher Erfahrungen und Befindlichkeiten befragt. Die Biographin macht feinsinnige Beobachtungen, liest aber auch manches hinein. Sie betont ihre Absicht, offen zu sein und nicht die letztgültige Darstellung beabsichtigt zu haben. Ohne Zweifel wird zukünftige Beschäftigung mit Leben und Werk von Anna Seghers sich auf diese erste ausführliche, detaillierte Biographie beziehen, auch dort, wo man zu anderen Befunden und Wertungen kommt.

FRANK WAGNER

Franca Wolff:
Glasnost erst kurz vor Sendeschluß.
Die letzten Jahre des DDR-
Fernsehens (1985-1989/90),
Böhlau Verlag Köln/Weimar 2002,
324 S. (29,90 €)

Nichts, aber auch gar nichts hatte sich geändert. Allabendlich schunkelte eine feuchtföhliche Masse mit romantisch-verklärtem Blick à la »Oberhofer Bauernmarkt« im »Krug zum Grünen Kranze« dem Feierabend entgegen. Sonntags ermittelten entweder die Genossen der K mit hintergründig sozialistischer Pädagogik im »Polizeiruf 110« oder der »Staatsanwalt hatte das Wort«. Montags flimmerte schwarz/weiß ein Schmachtfetzen, verstaubt wie Willi Schwabes »Rumpelkammer«, über die Bildschirme. Und danach? Wie viele Zuschauer haben sich wohl anschließend noch Karl-Eduards »Schwarzen Kanal« angetan? Hatte sich wirklich nichts geändert?

Eine Erkenntnis der Dissertation der Berliner Medienwissenschaftlerin Franca Wolff lautet: Gegen Ende der DDR mochten immer weniger Zuschauer die seichte Unterhaltung hören, geschweige denn Schnitzlers Polit agitation oder die »Aktuelle Kamera« sehen. Sterile Erfolgsmeldungen in den Farben der DDR, langatmige Berichte über Errungenschaften beim sozialistischen Aufbau und heroische Taten in der Ernteschlacht gingen meilenweit am wirklichen Publikumsinteresse vorbei. Die produzierte Kluft zwischen täglich erlebter Realität und ihrer geschönten Abbildung im Fernsehen wurde zunehmend unerträglich und war für nicht wenige DDR-Bürger damals einer der Gründe, dem Land den Rücken zu kehren. Wer nicht ging, reagierte mit einem Knopfdruck und füllte Informationslücken mit den Angeboten des Westfernsehens.

Mit dem Amtsantritt Gorbatschows 1985 begann sich die Welt zu verändern und Glasnost und Perestrojka fanden Eingang in den Sprachgebrauch. Aus vormals teilnahmsloser Lethargie erwuchs nun offenes Interesse an der neuen sowjetischen Politik. Diese aber wurde von der SED zunehmend ignoriert. Was, so fragt die Autorin, passierte da eigent-

lich hinter den Mauern in Adlershof? Produzierten die Journalisten gar Inhalte, an die sie selbst nicht mehr glaubten?

Franca Wolff belegt: Immer mehr Journalisten sympathisierten im stillen mit Gorbatschow und sie wußten um die Stimmung in der Bevölkerung. Aber sie reagierten nicht, weil die Leitungsebene bis zur sprichwörtlich letzten Sendeminute treu zur SED stand.

Die Autorin untersucht die letzten sechs Jahre des DDR-Fernsehens und schildert dessen politische Steuerung durch die Partei. Dabei stützt sie sich auf bisher nicht ausgewertete Akten des Deutschen Rundfunkarchivs Potsdam und des Bundesarchivs. Interne Sitzungsprotokolle, persönliche Notizen der Politbüromitglieder und Statistiken zum Zuschauerverhalten vermitteln einen Eindruck von den Konflikten, die erst erkennbar wurden, kurz bevor man das DDR-Fernsehen einstellte. Zum einen wird deutlich, wie sich die Staatsführung einer Öffnung des Fernsehens für die neuen Ideen widersetzte, da für sie die sowjetische Reformpolitik tabu war. Zum anderen wird der Blick hinter die professionelle, stets linientreue Fassade des Fernsehens geöffnet. Und dieser zeigt eine unerwartet deutliche Diskrepanz zwischen dem, was die Zuschauer sahen und dem, was im Sender zu jener Zeit tatsächlich geschah.

Auf redundanten 60 Seiten gibt die Autorin eine Einführung in die Politik von Gorbatschow und ihre Folgen für die DDR. Hierbei illustriert sie mit dem »Sputnik«-Verbot oder den Querelen um die Auslieferung der Zeitschrift »Neue Zeit« die typische Praxis staatlichen Eingriffs in die ostdeutsche Medienlandschaft. Enger am Thema sind da die Ausführungen bezüglich der ideologischen Einbindung des Fernsehens in das politische System der DDR. Lesenswert sind die Darstellungen zur staatlich verordneten Programmgestaltung und darin fixierter »Programmhöhepunkte« (z. B. 1986 das Berlin-Jubiläum oder die aus propagandistischen Gründen forcierte und bis ins letzte Detail geplante Lebensverfilmung von Ernst Thälmann). In diesem Kontext liefert Franca Wolff sowohl wertvolle Hintergrundinformationen für den Bereich ostdeutscher Fernseh-dramatik und -produktionen als auch für den Umgang mit mißliebigen sowjetischen Spielfilmen. Weil

man verhindern wollte, daß die damals intensiv geführten innersowjetischen Kontroversen um die jüngere Geschichte, speziell die Neubewertung Stalins, auch in der DDR geführt werden, bekamen die DDR-Bürger so manchen Streifen erst gar nicht zu sehen. Exemplarisch hierfür der eigentlich harmlose Film »Die Reue«. Pikanterweise zeigte diesen nicht das DDR-Fernsehen, sondern das ZDF. Da sich aber die »Junge Welt« und »Neues Deutschland« nach der Ausstrahlung als Argumentationsgehilfen der SED profilierten, erreichte die Parteiführung mit dieser absurden Methode genau das Gegenteil: die öffentlich geführte Diskussion um sozialistische Vergangenheit und Gegenwart.

Unklar bleibt, warum Franca Wolff nicht die Chance nutzt, das Fernsehen in Beziehung zur sozialistischen Medientheorie zu setzen. Statt dessen konfrontiert sie den Leser mit dem westlichen Ansatz von Talcott Parsons Strukturformalismus. Ergiebiger sind da ihre Beobachtungen, die sie im Zusammenhang mit der Reformierung des Fernsehens macht. Franca Wolff zeigt, daß im DDR-Fernsehen Journalisten mit professioneller Ausbildung arbeiteten, die sehr wohl ein Programm gestalten konnten, das den tatsächlichen Bedürfnissen der Zuschauer entsprach. Für sie ein Indiz dafür, wie sehr etliche TV-Journalisten längst mit der SED gebrochen hatten. Der Umbau des Senders ging ab Oktober 1989 mit einem derartigen Tempo vonstatten, wie es niemand erwartet hatte. Vom politischen Gängelband befreit, begann eine Phase der senderinternen Identitätssuche und es wurde möglich, lebensnahe und kritische Sendungen zu produzieren. Neue Sendeformate und ein bis dato unbekannter investigativer Journalismus machten das Programm wieder attraktiv. Das zuvor als Rettungsanker geplante Jugendmagazin »Elf 99« steht synonym für die Abkehr vom parteilichen Journalismus. Auch die »Aktuelle Kamera« gewann binnen weniger Wochen zahlreiche Zuschauer zurück. Von keiner anderen Nachrichtensendung fühlten sich die DDR-Bürger damals besser über die rasant ablaufenden Ereignisse informiert.

Doch dem in Deutscher Fernsehfunk (DFV) umbenannten Sender war keine große Zukunft beschieden. Leider geht Franca Wolff nur am Rande auf die rasch folgende Abwick-

lung ein. Hier hätte eine Darstellung der Ereignisse der letzten zwei Jahre des DFF eine kritische Betrachtung des »Rundfunküberleitungsgesetzes« gut zu Gesicht gestanden. Vor allem die autoritäre Umsetzung des Gesetzes durch den ehemaligen Fernsehchef des Bayerischen Rundfunks, Rudolf Mühlfnzl, war bei Insidern nicht unumstritten und führte letztlich am 31. Dezember 1991 zur Abschaltung des DFF.

Franca Wolffs Arbeit gibt erwartungsgemäß nur eine Facette des DDR-Fernsehens wieder. Diese aber erlaubt ergiebige und empfehlenswerte Einblicke in das Innenleben des Senders in den letzten sechs Jahren seiner Existenz.

KLAUS MELLE

**Hermann Gellermann:
Stefan Heym
Judentum und Sozialismus.
Zusammenhänge und Probleme
in Literatur und Gesellschaft,
Wissenschaftlicher Verlag
Berlin 2002, 172 S. (18 €)**

Der im Dezember 2001 verstorbene Stefan Heym gilt als einer der bekanntesten deutschen Intellektuellen des 20. Jahrhunderts. Nicht nur seine Wahl in den Bundestag oder seine berühmte Rede über den »aufrechten Gang« auf dem Berliner Alexanderplatz am 4. November 1989, auch seine seit den 1960er Jahren andauernden Auseinandersetzungen mit der Staatsgewalt der DDR sind Legende. Durch das politische Engagement Heyms wird häufig genug seine Bedeutung als Schriftsteller in den Hintergrund gedrängt. Sein eindrucksvolles Lebenswerk mit 15 Romanen, mehreren Erzählbänden und unzähligen Essays ist jedoch nicht nur wegen seiner geistreichen und witzigen Sprache ein Höhepunkt der deutschsprachigen Literatur. Es sind gerade die von Heym benutzten, die Widersprüche von arm und reich, von Macht und Widerstand thematisierenden, dabei mitunter das Soziale und das Religiöse verwebenden Plots, die ihm einen dauerhaften Platz in der großen Literatur garantieren. Nicht selten be-

diente sich Heym dabei biographischer Bezüge, um die komplexe Gemengelage von »Nation«, »Religion« und »Politik« zu veranschaulichen.

Der Literaturwissenschaftler und Theologe Hermann Gellermann hat nun ein »Stefan Heym« betitelt Buch geschrieben, das allerdings nicht als Biographie angelegt ist. Gellermanns Buch ist ein durch und durch interdisziplinäres Werk. Es vereint eine literaturwissenschaftliche, eine politologische und eine theologische Sicht auf das Schaffen Stefan Heyms und wird durch diesen methodischen Ansatz der Vielschichtigkeit des Autors gerecht. Gellermann versucht mit dem Untertitel »Judentum und Sozialismus« den Topos des Heymschen Wirkens auf einen Punkt zu bringen. Seine These ist, daß sich Heyms Auslegung des Sozialismus ähnlich wie bei Ferdinand Lassalle und Heinrich Heine stark auf eine hebräische Tradition der sozialen Gerechtigkeit begründe. Diesem untergründigen, dem frühen Heym möglicherweise »unbewußten« Verhältnis, wende er sich im Lauf seines Lebens literarisch immer mehr zu. Der gesellschaftliche Antisemitismus in Deutschland vor und nach 1945 verstärkte diesen Prozeß. In seiner Jugend brachte Heym, so berichten die Biographen und der Autobiograph, der jüdischen Religion und der zionistischen Bewegung genausoviel Skepsis entgegen wie seinem bürgerlichen und auf »Akkulturation« bedachten, sich mit dem deutschen Nationalstaat arrangierenden Elternhaus. Erst die Stigmatisierung durch den Nationalsozialismus führte ihn zu der Beschäftigung mit seinem Judentum. Nachdem sich der jugendliche Glaube Heyms, der Sozialismus werde auch die vollständige Emanzipation der Juden mit sich bringen, zerschlagen habe, kam es Gellermann zufolge zu einer verstärkten Auseinandersetzung Heyms mit der christlich-jüdischen Geschichte und Mythologie. Die Heymsche Ablehnung jeglicher sozialdarwinistischer Ideologie auf dem Wege der Literatur radikalisierte sich, so Gellermann, mit der Zuwendung zu biblischen Themen.

Der Zusammenhang von Judentum und Sozialismus, den Gellermann im Untertitel anspricht, läßt sich schon anhand der literarischen Beschäftigung Heyms mit den Biographien der jüdischen Sozialisten »Radek« und

»Lassalle« konstatieren. Sie nehmen aber in Gellermanns Buch den kleineren Raum ein. Vielmehr führt er seine These anhand Heyms »König-David-Bericht« und dem »Ahasver« aus. Dabei verschiebt sich der Blickwinkel in Richtung einer theologischen Interpretation der Texte. Gellermann attestiert Heym eine profunde Kenntnis der verschiedenen Mythologien und ihre verschiedenartige Auslegung im jüdischen und christlichen Kontext. Er verweist darauf, wie geschickt Heym die theologischen Schwachstellen ausarbeitet und ideologieüberfrachtete Interpretationen offen legt. Gellermann führt dies zur Forderung, daß sich die christliche Theologie in ähnlicher Weise mit ihren »blinden Flecken« und dem im Schisma der frühchristlichen Religion bereits angelegten, durch die Reformation Luthers verstärkten und im Nationalsozialismus zum barbarischen Völkermord »gereiften« Antijudaismus auseinandersetzen müsse. Bemerkenswerterweise sei der »Ahasver« seiner Zeit aber nicht in den theologischen Zeitschriften wie Freiburger Rundbrief, Theologische Literaturzeitung oder Zeitschrift für Theologie und Kirche diskutiert worden.

Da aber auch der Sozialismus in der Diktion Marx' auf ein, so Gellermann, »naturalistisches« (S. 20) Gesellschaftsverständnis aufbaue, gelte die Forderung zur Auseinandersetzung mit dem immanenten Antisemitismus auch für diese »atheistische Kirche«. Gellermann scheint mit der Gleichung »Materialismus bzw. Naturphilosophie« (S. 130) auf die Marxsche Beschreibung der »Gesetzhaftigkeit« gesellschaftlicher Vorgänge abzielen. Letzteres als Naturalismus aufzufassen, greift allerdings nicht nur als Marxexegese zu kurz, sondern stellt die Berechtigung jeglicher Soziologie in Frage. Wie sich dieser, laut Gellermann, theoretische Ursprungsfehler des Sozialismus als Weltanschauung durch die verschiedenen Marxismen bis hin zum Stalinismus ziehen soll, um schließlich im Antisemitismus zu münden, wird anhand der Analyse nicht ersichtlich. Gellermann führt zur Begründung lediglich die Kritik Heines an der seinerzeit vorherrschenden »Naturphilosophie« (S. 147) und die Heyms am »aristotelischen Weltbild« und dem »hellenistischen Logos« (ebd.) von Staat und Kirche an. Dies führe bei den Herrschenden zu einem

Machtanspruch um der Macht willen. Mit diesem Argument wendet Gellermann allerdings den kritischen Stachel des Sozialismus gegen ihn selbst und macht aus seinen Verteidigern Zeugen der Anklage.

In der Geschichte des Sozialismus ist sicherlich an vielen Stellen und Biographien ein latenter und offener Antisemitismus nachzuweisen. Ob sich dieser aber nicht eher aus tradierten Ressentiments und weniger aus einem philosophisch angelegten Systemfehler des Sozialismus speist, bleibt auch nach der Lektüre Gellermanns offen. Die Quintessenz für »sozialistischen Antisemitismus« in einem »naturalistischen« Gesellschaftsverständnis auszumachen, wie es Gellermann eingangs anhand einer kurzen Einführung zum jüdischen Selbstverständnis Karl Marx' vornimmt, scheint zumindest sehr gewagt.

Infolge der theologisch induzierten Schwerpunktverschiebung verpaßt es der Autor, seine interessante Hauptthese, Heyms wie auch Heines und Lassalles Vorstellung des Sozialismus ergäben sich aus dem sozialen Verständnis eines säkularen, aber nicht geleugneten Judentums, weiter auszuführen. Dafür hätte dann allerdings auch der »Nachruf« im Zentrum der Analyse stehen müssen. Wird das Buch an diesem Punkt seinem im Untertitel angedeuteten Vorhaben, die Zusammenhänge von Judentum und Sozialismus zu beleuchten, nicht in voller Tiefenschärfe gerecht, so gelingt es Gellermann sehr gut, einen anderen Schwerpunkt im Schaffen Heyms zu beleuchten, nämlich das Verhältnis von Christentum und Judentum. Die übliche Auslegung des »König-David-Berichts« und des »Ahasver« als bloße Kritik an den Zuständen in der DDR, wird von Gellermann dagegen eindrucksvoll widerlegt. Es gelingt ihm, die verschiedenen Ebenen der Romane als Gesamtheit eines literarischen und politischen Widerstands Heyms gegen jedwede Vereinnahmung zu verteidigen. Daß dem Leser der Zugang zu dieser Einsicht an der einen oder anderen Stelle durch formale Rigidität (das Buch zählt bei 150 Seiten an die 80 Gliederungspunkte, es wird immer streng nach Inhalts- und Formanalyse getrennt) erschwert wird, ist sicherlich der Komplexität des Heymschen Schaffens geschuldet. Wie schwer der Autor auch mit der Eigentümlichkeit der Person Heyms zu kämp-

fen hatte, wird nicht zuletzt im angehängten Interview mit ihm deutlich. Einige der aus der Textexegese gezogenen Folgerungen über sein Verhältnis zu Judentum und Sozialismus lehnt Heym rundweg ab. Gellermann kann aber zu Recht auf biographische Brüche verweisen, die mitunter eine Verschiebung des literarischen Interesses des Schriftstellers zur Folge hatten. Somit kann dieses Buch als gelungener Problemaufriß gelten. Es beleuchtet die Motive, die jüdische Intellektuelle bewogen, für den Sozialismus ein zu treten und trotz des von der »Bewegung« gegen sie gerichteten Ressentiments beharrlich an ihm festzuhalten. Die Biographien und das Werk anderer jüdischer, sozialistischer Schriftsteller wie Stefan Hermlin, Anna Seghers und Arnold Zweig deuten an, daß dieses Thema ein spannendes und längst nicht abgeschlossenes Forschungsfeld bleibt.

MARTIN GEGNER

Klaus Körner:

»Die rote Gefahr«.

**Antikommunistische Propaganda
in der Bundesrepublik 1950-2000,
Konkret Literatur Verlag Hamburg
2003, 208 S. (15 €)**

Bisher hat es keine Klagen gegeben. Was für den Autor und vor allem für die Annahme spricht, dessen Angaben darüber, wer alles in den fünfziger Jahren für Geld Agitation und Propaganda gegen die als Vergesellschaftung mißverstandene Verstaatlichung der Produktionsmittel verfertigte, seien richtig. Danach hatten die DDR-Propagandisten nur in einem Punkt unrecht: in der Frage der Zentrale. Ein Politbüro, das – so wie in der DDR – im Wahne befangen gewesen wäre, alle Aktionen zu planen und zu koordinieren, existierte in der Bundesrepublik Deutschland – vom germanozentrierten Verlag lediglich »Bundesrepublik« geheißten – nicht. Die selbst für eingefleischteste Verschwörungsfanatiker unüberhörbare Polyphonie war wirklich nicht simuliert, sondern Ergebnis unterschiedlicher Interessen der in Antikommunismus machenden Institutionen und Vereine. Allerdings sprudelte das Geld für

die nach innen wie außen verbreitete Propaganda gegen den Kommunismus – zumindest anfangs – aus einer zentralen Quelle. Es kam fast ausschließlich von jener Besatzungsmacht, die über solches ausreichend verfügte. So häufig habe ich das Wort CIA in deutschen Zusammenhängen schon lange nicht mehr gelesen.

Über policy und politics in der Ära Adenauer bietet der Autor manch überraschendes Urteil, wodurch der Leser über einige seichte Stellen sowie Ungenauigkeiten und Fehler im Detail hinweggetröstet wird. Unter dem Institut »Lektorat« wird sich in einigen Jahren wahrscheinlich nur noch eine kleine Spezialschar etwas vorzustellen vermögen.

Sehr zu Recht geht Körner an passenden Stellen auch auf die nicht-propagandaförmige und deshalb besonders erfolgreiche Propaganda des Westens ein – beispielsweise auf Westberlin als »Schaufenster der Freiheit«; in einem Punkt allerdings wahrt er strikt den seit 1990 geradezu verbissenen verteidigten westlichen Konsens: bei den erfolgreichsten nicht-propagandaförmigen antikommunistischen Integrationsprojekten der BRD, dem Sozialstaat und einem Lebensstandard, mit dem deutlich mehr als nur die Reproduktion gesichert wurde. Daß beide wesentlich DDR-induziert waren und wirksamer als jede propagandaförmige Propaganda sowohl die BRD- als auch die DDR-Bevölkerung gegen den Kommunismus nicht nur immunisierten, sondern auch immunisieren sollten, wird wohl auch Körner erst in der Lage sein sich einzugestehen, wenn von beiden – Sozialstaat wie Lebensstandard – nur noch eine jämmerliche Erinnerung geblieben sein wird.

Für diesen Spleen unserer westdeutschen Mitbürgerinnen und Mitbürger Toleranz und Verständnis zu entwickeln, habe ich unterdessen gelernt. Verständnislos hingegen stehe ich der Körnerschen Entscheidung gegenüber, in diesem Buch eine der spannendsten – schon im Jahre 2001 bekanntgegebenen – Geschichten zu diesem Thema nicht berücksichtigt zu haben: Carola Sterns marktgerechte Selbstenthüllung, in der DDR als amerikanische Spionin tätig gewesen zu sein. Nimmt man Körners Darlegungen ernst, dann ist Carola Sterns Behauptung, nach ihrer Flucht nach Westberlin nie wieder etwas mit ihren Auf-

traggebern zu tun gehabt zu haben, noch weniger glaubhaft als zuvor. Das hätte auch Körner auffallen können und dem Buch ein wenig, durchaus verdiente, Medienresonanz verschafft. Oder waren dem Autor und dem Verlag eine Klage zu teuer?

Carola Stern mag man bestenfalls glauben, daß sie nicht bemerkt habe, wie amerikanische Fürsorge sie von der professionellen DDR-Beobachtung an der FU Berlin über das »SBZ-Archiv« in Köln und »amnesty international« zum DDR-Kommentatoren-Job am WDR in derselben Stadt begleitete. Allerdings stehe ich nicht an, mich zu solch einer beleidigenden Unterstellung zu versteigen.

JÖRN SCHÜTRUMPF

AG Alternative Wirtschaftspolitik: Memorandum 2003, PapyRossa Verlag Köln 2003, 320 S. (16,50 €)

Das Memorandum 2003 trägt den Untertitel: Krise im Schatten des Krieges – Mehr Steuern für mehr Beschäftigung statt Abbruch des Sozialstaates. Damit ist gleich das Programm umschrieben, mit dem die alternativen Ökonomen in diesem Jahr angetreten sind, um den Sozialstaat zu retten und die Haushaltskrise zu beenden: Steuererhöhungen und höhere Staatsausgaben zur Stärkung der Nachfrage.

Im Mittelpunkt der Analyse steht die Finanzpolitik, insbesondere die Steuergesetzgebung 2003, die geplanten Steuergeschenke für Vermögende und die Krise der Gemeindefinanzen. Aktuell ist inzwischen noch das Vorziehen der Steuerreform auf das Jahr 2004 hinzuzutragen, womit sich das Bild abrundet. Und dies ist ein düsteres Bild, denn nicht nur die konjunkturelle Situation bedingt, daß die Finanzpolitik in eine tiefe Krise geraten ist, sondern diese selbst ist inzwischen als Ursache für die gesamtwirtschaftliche Fehlentwicklung, für Stagnation und Beschäftigungsabbau, anzusehen. Dies beginnt mit dem europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt und seiner geringen Elastizität und findet seine Fortsetzung in der verfehlten Finanzpolitik der rot-grünen Regierung seit 1998 sowie im deut-

schen Stabilitätsprogramm 2003, das zu sehr auf Konsolidierung und Stabilität, aber zu wenig auf Wirtschaftswachstum und Beschäftigung orientiert. Das Ergebnis ist eine »Schrumpfungspolitik« durch Senkung der Staatsquote um einen halben Prozentpunkt (!) und ein Anstieg der Staatsschuldenquote auf 61,5 % (2003) statt der »erlaubten« 60 %. Die theoretisch völlig unbegründete Politik des Schuldenabbaus »um jeden Preis« und die dafür (zunächst schon für 2003, jetzt für 2005) geplante Reduzierung der jährlichen Neuverschuldung auf 1,0 % bzw. 0 % (für 2004 bzw. 2006) erweist sich zunehmend als eine fixe Idee des Finanzministers, die allerdings katastrophale Auswirkungen auf die gesamtwirtschaftliche Lage hat. Man sollte meinen, im dritten Krisenjahr würde dies begriffen: die finanzpolitischen Fakten legen aber leider eine andere Antwort nahe.

Die finanzpolitischen Überlegungen und Alternativen der Arbeitsgruppe sind eingebettet in ein Kapitel zur alternativen Wirtschaftspolitik im allgemeinen, ein Kapitel zur Weltkonjunktur, zwei Abhandlungen zum Arbeitsmarkt, einen Abschnitt zu Ostdeutschland und interessante Überlegungen zur Unternehmenskonzentration.

Das einleitende Kapitel zur alternativen Wirtschaftspolitik stellt den Versuch einer generellen Standortbestimmung dar. Die Autoren betonen dabei, daß es sich bei der alternativen Wirtschaftspolitik nicht um ein umfassendes Theoriesystem handele, sondern um ein Konstrukt, das sich auf die »Analyse makroökonomischer Zusammenhänge, die in ökonomische Verteilungs- und Entwicklungstheorien eingebettet sind«, stützt. Im Unterschied zu den verhältnismäßig abstrakten Theoremen der Klassik und Neoklassik, aber auch des Keynesianismus, seien die Vorstellungen der alternativen Wirtschaftspolitik immer »in konkrete ökonomische und politische Auseinandersetzungen integriert« (S. 48). Das hört sich gut an und kommt den Erwartungen der »Basis«, wo man seit eh und je nach konkreten Konzepten und Vorschlägen verlangt, sicherlich entgegen. Ob dadurch aber nicht der methodologisch wichtige Unterschied zwischen Theorie und Politik, zwischen theoretischer Reflexion und praktischer Umsetzung, allzu sehr verwischt wird, soll zumindest als

Frage aufgeworfen werden. »Ohne alternative Theorie keine alternative Praxis« – wenn dieser Satz gilt, dann ist damit jedenfalls ein deutliches Defizit alternativer Wirtschaftspolitik markiert, denn zu den »theoretischen Grundlagen« findet sich im vorliegenden Text fast nichts. Gleichwohl sind bestimmte Prämissen für eine alternative Politik zu unterstreichen, so zum Beispiel die Betonung einer »makroökonomischen Perspektive« (S. 58), das Eintreten für einen »handlungsfähigen Staat« und die Relativierung der Geldwertstabilität als vorrangiges wirtschaftspolitisches Ziel (S. 63 f.). Es scheint auch richtig zu sein, sich wieder stärker auf gesamtwirtschaftliche und -gesellschaftliche Zusammenhänge zu besinnen und die Ökonomie nicht auf einzel- bzw. betriebswirtschaftliche Aspekte zu reduzieren. Das Schlagwort »Mikroökonomische versus makroökonomische Perspektive« (S. 58) trifft dies jedoch nicht. Es stiftet eher Verwirrung, denn die *Mikro*ökonomie gehört genauso wie die Makroökonomie zur Volkswirtschaftstheorie!

Eher zurückhaltend zeigt sich dieses Memorandum in bezug auf Ostdeutschland: In Sachen »Chefsache Ost« ziehen die Autoren eine eindeutig negative Bilanz, und das zu Recht. Als besonders prekär werden dabei die anhaltende Arbeitsmarktkrise und die »negative demografische Entwicklung« empfunden. Der Aufbauprozess Ost kommt in der gegenwärtigen Krise kaum noch voran, der Aufholprozess stockt, so die Analyse auf S. 230 ff. Die Realität ist hier aber wohl schon »weiter«, das heißt, Ostdeutschland ist inzwischen zum deutschen Mezzogiorno geworden und die soziale Krise droht die ökonomische Lage weiter zu destabilisieren. Dies hätte hier deutlicher herausgearbeitet werden können, insbesondere auch durch eine Bezugnahme auf *effektive* Einkommens- und Konsumwerte, denn diese liegen im Verhältnis zu den westdeutschen Werten deutlich niedriger als die zitierten Bruttolöhne und -gehälter. Insgesamt ist der Einschätzung aber zuzustimmen, daß im Zuge der Einheit im Osten »Wirtschaftsstrukturen ... entstanden sind, die zu regional verfestigten Produktivitäts- und Einkommensnachteilen für die neuen Länder geführt haben.« (S. 241) Das Schlimme ist, daß die rot-grüne Regierung daran bisher kaum etwas geändert

hat – und wohl auch in Zukunft nicht beabsichtigt, hier substantiell etwas zu bewegen. Der Osten bleibt für die Politik, was er ist – uninteressant. Aber damit ist er ein bevorzugtes Objekt alternativer Konzepte und Ideen, wie sie die Arbeitsgruppe vorschlägt und diskutiert.

ULRICH BUSCH

Alex Demirovic (Hrsg.):
Modelle kritischer
Gesellschaftstheorie.
Traditionen und Perspektiven
der Kritischen Theorie,
Verlag J. B. Metzler Stuttgart
2003, 394 S. (39,95 €)

Viele Publikationen rund um die Kritische Theorie der Frankfurter Schule sind im Jahre 2003 erschienen – dem Jahr, in dem Theodor W. Adorno seinen 100. Geburtstag gefeiert hätte. So wurde die Gesamtausgabe neu aufgelegt, es wurden bislang nur auf Englisch existierende Schriften übersetzt und veröffentlicht, und in zahlreichen Vorträgen und auf Symposien wurde der Kritischen Theorie und ihrer Vertreterinnen und Vertreter gedacht.

Der vorliegende Sammelband hebt sich angenehm von dem Gros der sonstigen Bücher ab, indem er die Kritische Theorie nicht in der Mottenkiste der Geschichte sucht, sondern ihre Methoden, Modelle und Theorieansätze aufgreift, um sie für aktuelle Diskussionen weiterzuentwickeln. Programmatisch heißt es im von Alex Demirovic verfaßten Vorwort: »Eine Theorie bleibt nicht allein durch Interpretation älterer Texte lebendig, sondern muß im Lichte neuer gesellschaftlicher Herausforderungen, neuer Fragestellungen und konkurrierender Theorien fortentwickelt werden« – und genau dieser Anspruch ist es dann auch, dem das Buch gerecht wird. Mit Beiträgen aus den Bereichen Soziologie, Politikwissenschaften, Philosophie, Staatstheorie, Antisemitismus- und Rassismuskritik, Ökonomie und Kapitalismuskritik, Technikkritik, Psychoanalyse, Kulturindustrie, Cultural Studies und Ästhetische Theorie wird dabei ein weites

gesellschaftstheoretisches Spektrum ausgeleuchtet.

Die Autorinnen und Autoren – fast alle im Mittelbau, am Rande der Universitäten tätig – wollen wissen, wie eine Forschungspraxis in der Tradition der Kritischen Theorie heute aussehen könnte. Noch nicht im Kern der Institutionen angekommen, leisten sie es sich, Adorno nicht als alten Mann mit grauen Haaren zu thematisieren, der eine nur schwer nachvollziehbare Theorie entwickelt hat, sondern analysieren neben den Inhalten und normativen Gehalten der damaligen Forschungen auch die Methoden des Adornoschen Instituts. Schließlich gehörte dieses Institut zu den ersten überhaupt, die interdisziplinäres Arbeiten zu ihrem Programm machten.

Bei der Reformulierung Kritischer Theorie beziehen sich die Autorinnen und Autoren erfreulicherweise nicht nur auf Adorno selbst – manche kommen gar ganz ohne Adorno-Zitate aus! –, sondern auch auf andere Ansätze Kritischer Theorie und auf aktuelle Veröffentlichungen. Gleichermäßen erfrischend die Tatsache, daß feministische Fragestellungen nicht nur in einem speziellen Beitrag unter dem Titel »Projekt einer kritischen Geschlechterforschung« abgehandelt werden, sondern sich als Querschnittsthema in mehreren Texten wiederfinden.

Einziger Ausrutscher in diesem Sammelband ist der Text von Wolfgang Bonß. Bonß kommt nach einer systematischen Abarbeitung der Frage, was Kritik sei und wie sie formuliert werden könne, eigenartigerweise zu dem Schluß, daß die Bemühungen, eine Kritische Theorie zu entwerfen – auch mit den Arbeiten Ulrich Becks! –, bis heute nicht alle notwendigen Voraussetzungen erfüllten, damit dies gelingen könne. Hätte er das Buch, für das er einen Beitrag geschrieben hat, selbst gelesen, wäre ihm das vermutlich nicht passiert.

Aber einen wirklichen Abbruch tut dieser Beitrag dem Band nicht, und auch die unterschiedliche Qualität des Lektorats der Beiträge darf nachgesehen werden. Es ist zu hoffen, daß die Autorinnen und Autoren des lesenswerten Buches auch weiter von sich reden machen.

SARAH DELLMANN

Joachim Bischoff,
Klaus Steinitz (Hrsg.):
Linke Wirtschaftspolitik.
Bilanz, Widersprüche,
Perspektiven, VSA-Verlag
Hamburg 2003, 188 S. (15,80 €)

Das Urteil von Norman Birnbaum ist wohl zutreffend: Der Markt für neoliberale Apologetik »is the one certain growth industry« (»der eine ganz sichere Wachstumszweig«) – (Birnbaum, Norman: *After Progress. American Social Reform and European Socialism in the Twentieth Century*, Oxford – New York 2001, 381). Daher stehen heute – im Angesicht einer seit Mitte der siebziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts andauernden globalen Hegemonie des Neoliberalismus – vor allem zwei zentrale Aufgaben: *erstens* das systematische Aufbrechen der in Wirtschaft und Gesellschaft scheinbar ungehindert wirkenden Denk- und Politikmuster dieses Neoliberalismus sowie *zweitens* das Aufspüren von konzeptionellen Ressourcen für Alternativen in der Wirtschafts- und Sozialpolitik.

Diesem generellen Anliegen fühlen sich auch Herausgeber sowie Autorinnen und Autoren des hier vorzustellenden Sammelbandes zutiefst verpflichtet. Die Entstehung des Bandes geht auf ein am 23. November 2002 in Berlin veranstaltetes Kolloquium zum Thema »Sozialistische Wirtschaftspolitik heute – Chancen, Spielräume, Widerstände« zurück. Der Berliner Verein »Helle Panke« zur Förderung von Politik, Bildung und Kultur e.V. hatte es anlässlich des 70. Geburtstages des marxistischen Ökonomen Klaus Steinitz ausgerichtet – eines Mannes, zu dessen Arbeitsgebiet seit geraumer Zeit vielfältige Fragen der Wirtschaftspolitik gehören.

In siebzehn, von Umfang und Anlage recht unterschiedlichen Aufsätzen greifen Joachim Bischoff, Alexandra Wagner, Jörg Huffschild, Dieter Klein, Rudolf Hickel, Judith Dellheim, Ingo Schmidt, Joachim Ebel, Christa Luft, Harry Nick, Margit Schratzenstaller, Klaus Schmidt, Fabio De Masi, Sebastian Gerhardt, Ralf Christoffers sowie Klaus Steinitz Themen und Problemlagen einer heutigen linken Wirtschaftspolitik auf.

Dabei zeichnet sich der Band unstrittig dadurch aus, daß die Autorinnen und Autoren mehrheitlich *erstens* ein überzeugendes Gespür für wirtschaftspolitik-relevante Fragen besitzen, *zweitens* um die Notwendigkeit von ernsthafter theoretischer Arbeit im Zuge der Konzipierung und Realisierung von linken Politikmustern wissen, *drittens* einen realistischen Blick für offene, unbedingt zu klärende Fragen in Sachen linker Wirtschaftspolitik haben, *viertens* über einen guten Einblick in aktuell ablaufende Diskurse verfügen und *fünftens* genügend Material für eine kontroverse Debatte liefern.

Die Beiträge gruppieren sich um fünf Schwerpunkte, die in der Reihenfolge »Probleme des Kapitalismus«, »Alternative Linien«, »Spielräume für Alternativen?«, »Felder und Reflexionen« sowie »Versuch einer zusammenfassenden Charakterisierung linker alternativer Wirtschaftspolitik« lauten. An die Herausgeber ist hier allerdings die Frage zu richten, ob einem derart ambitionierten Band von seiner Komposition her ein einleitender, die Gesamtproblematik absteckender Schwerpunkt etwa zur Charakteristik linker Wirtschaftspolitik, der Benennung ihrer Kernfragen, der Bestimmung ihres Verhältnisses zu den verschiedenen Konzepten von alternativer Wirtschaftspolitik nicht nur besser zu Gesicht gestanden, sondern von der inhaltlichen Logik auch mehr entsprochen hätte. Diese Frage drängt sich gerade auch deshalb auf, weil an anderer Stelle im Band plazierte Aufsätze – so von R. Hickel (»Was ist linke Wirtschaftspolitik heute?«), D. Klein (»Demokratischer Sozialismus – ein Zugang zu alternativer Wirtschaftspolitik«), I. Schmidt (»Keynesianismus und sozialistische Wirtschaftspolitik«), J. Dellheim (»Für eine wirtschaftspolitische Plattform, die das Marxsche Erbe neu gebraucht«) und J. Bischoff, K. Steinitz (»Probleme alternativer Wirtschaftspolitik heute«) – genau einer solchen Intention verpflichtet sind.

Die präsentierten Beiträge decken inhaltlich ein recht breites Problemfeld ab. Neben den oben bereits genannten Themen beschäftigt sich etwa J. Bischoff mit einer »Wirtschaftspolitik gegen Deflation«, während A. Wagner »Beschäftigungspolitische Herausforderungen« markiert und hierzu eine Reihe interessanter Überlegungen beisteuert. Von J. Huffschild stammt ein Aufsatz zu »Finanzmärkte und al-

ternative Wirtschaftspolitik«, K. Steinitz analysiert unter der Überschrift »Ein lösbarer Widerspruch?« die vorhandenen Möglichkeiten zur Klärung des Konflikts zwischen wachsender Notwendigkeit einer alternativen Politik und den zugleich wesentlich schwieriger gewordenen Realisierungsbedingungen hierfür. Ch. Luft leuchtet »Parlamentarische Spielräume« unter dem Aspekt von »Möglichkeiten einer sozial-ökologischen Entwicklung« aus, ein von J. Ebel vorgetragenes Kurzplädoyer lautet »Arbeitsproduktivität gibt Raum für Alternativen«, und H. Nick stellt die Frage nach einer »Zukunft ohne Wachstum?«. Zwei Aufsätze sind dem Thema Steuern und Steuerpolitik gewidmet: von M. Schratzenstaller kommen »Anmerkungen zu einer progressiven Steuerpolitik«, und K. Schmidt behandelt unter dem Titel »Wenn schon die Beschäftigten zahlen ...« Aspekte der »Veränderung des Steuersystems«. Anregungen für das »Design einer neuen Wirtschaft« liefert F. De Masi, das »Problem eines zweiten Investitionszyklus in Brandenburg« verfolgt R. Christoffers, und dem Topos »Linke Wirtschaftspolitik – Theorie oder Praxis?« geht S. Gerhardt nach.

Zwei Beiträge seien den Leserinnen und Lesern besonders empfohlen: zum einen der Aufsatz von R. Hickel über linke Wirtschaftspolitik (S. 58 f.) sowie zum anderen die Abhandlung von J. Bischoff, K. Steinitz über Probleme alternativer Wirtschaftspolitik heute (S. 154 f.). Hickel unternimmt – ausgehend von der (von ihm positiv beantworteten) Frage, ob überhaupt eine linke Wirtschaftspolitik gebraucht wird – den insgesamt anregenden Versuch, »linke Wirtschaftspolitik« inhaltlich näher zu bestimmen, ihr Verhältnis zu »alternativer Wirtschaftspolitik« zu klären, die theoriegeschichtlichen Traditionslinien einer linken Wirtschaftspolitik (speziell die Beiträge der an Marx und Keynes orientierten Theorie!) ins Blickfeld zu rücken sowie die immensen Herausforderungen einer solchen Politik und auch deren Adressaten näher zu bestimmen.

Bischoff/Steinitz machen in ihrem umfangreichen und gedankenreichen Artikel völlig zu Recht darauf aufmerksam, daß ein Diskurs zu Problemen der alternativen Wirtschaftspolitik einen Beitrag zur überzeugenden Beantwortung zentraler Fragen finden muß: »erstens

nach den Zielsetzungen und Wertvorstellungen sowie dem davon abgeleiteten Inhalt alternativer Wirtschaftspolitik unter den Bedingungen eines flexiblen und globalen Kapitalismus, zweitens nach den Spielräumen alternativer Wirtschaftspolitik und ihren Veränderungen seit Mitte der siebziger Jahre, drittens nach den Bedingungen für die Umsetzung alternativer Politikvorschläge, viertens nach den Hauptfeldern alternativer Wirtschaftspolitik unter den gegenwärtigen Bedingungen« (S. 155). Gemäß dieser Vorgabe wird eine Vielzahl von Zusammenhängen und Argumenten angeboten. Dabei gibt es für die Autoren keinen Zweifel, daß alternative Wirtschaftspolitik längerfristig nicht ohne »Veränderungen in ökonomischen Eigentums- und Machtstrukturen und Verteilungsverhältnissen« auskommt und sie »im Interesse der Bevölkerungsmehrheit, insbesondere der abhängig Beschäftigten und der sozial Benachteiligten, tragfähige, realistische Wege aufzeigen« soll, um die zahlreich vorhandenen ökonomischen und sozialen Widersprüche und Probleme nachhaltig zu lösen (S. 156).

Wenn auch einige gewichtige Hauptfelder linker Wirtschaftspolitik ausgespart bleiben – wohl nicht ganz zufällig fehlen etwa Betrachtungen zur Geld- und Unternehmenspolitik –, so liefert der Band doch insgesamt einen sehr instruktiven und gehaltvollen Einblick in die Debatten um linke Wirtschaftspolitik. Er markiert dabei zugleich die unabdingbare Notwendigkeit, auf dem Feld der Entwicklung wirtschaftspolitischer Alternativen weitere theoretische wie praktische Anstrengungen zu unternehmen.

GÜNTER KRAUSE